



Presseinformation

Nr. 77/2010 Kiel, 10. Juni 2010

Redeauszug - Es gilt das gesprochene Wort!

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H)

Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Alle denkbaren Optionen sind zu prüfen!

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erläutert der Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, seinen Alternativantrag zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (TOP 10.2.2):

„Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein schreibt heute nach Jahren hoher Verluste wieder eine schwarze Null. Viele, die sich heute ob dieses Erfolges auf die Schultern klopfen, kämpfen teilweise erbittert gegen die Vorschläge und Maßnahmen des Sanierers, auch gegen die mit dieser erfolgreichen Sanierung verbundenen Privatisierungen von Teilleistungen. Heute die Landesregierung aufzufordern, jegliche Überlegungen für Privatisierungen unverzüglich einzustellen, ist schlichtweg unseriös, wenn man nicht gleichzeitig Vorschläge macht, wo die benötigten 800 Millionen bis 1 Milliarde herkommen sollen.

Das Klinikum benötigt für eine gesicherte Zukunft diese Beträge dringend; der Sanierungsstau muss schnellstens behoben und die notwendigen Neubauten müssen unverzüglich in Angriff genommen werden – darin waren sich alle Landtagsfraktionen und befragten Experten einmal einig.

Vor diesem Hintergrund stellen wir den Antrag, dass das Land Schleswig-Holstein aufgefordert werden soll, alle denkbaren Optionen zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein zu prüfen und eine Entscheidung an den folgenden Kriterien auszurichten:

1. Zügiger Abbau des Sanierungsstaus und Realisierung der notwendigen Neubauten, die für eine moderne Krankenversorgung und eine exzellente Lehre und Forschung erforderlich sind.
2. Den Erhalt der Arbeitsplätze und Sicherstellung einer Entlohnung gemäß bestehender Tarifverträge.
3. Eine Leitungsstruktur, die neben einer optimalen Krankenversorgung gleichberechtigt eine exzellente Lehre und Forschung sicherstellt.
4. Der Standort Kiel muss im vollen Umfang erhalten bleiben und darf nicht zu Gunsten anderer Standorte abgebaut werden.

Der Begründung des Antrages der rot-grünen Rathauskooperation kann man entnehmen, dass das UKSH es aus eigener Kraft schaffen könnte. Das ist schlichtweg unmöglich und wer bei der Verabschiedung des Sanierers in der Kunsthalle vor einigen Tagen die Beiträge der Experten gehört hat, sollte wissen, dass selbst Kritiker der Privatisierung dies für unmöglich halten. Doch das hält die Kooperation scheinbar nicht davon ab, heute einen solchen Antrag vorzulegen, was interessiert da schon die Meinung von Gesundheitsexperten, Populismus ist angesagt.

Doch kommen wir nochmals auf das Schreckgespenst der Privatisierung. Dazu drei Überlegungen:

1. Wer sagt denn, dass es nur die beiden Möglichkeiten Privatisierung und Trägerschaft in öffentlicher Hand gibt? Inzwischen gibt es viele Mischformen von Teilprivatisierungen und auch von PPP-Modellen. Doch wenn man dem Antrag von Rot-Grün folgt, dann spricht man ein Denkverbot aus – das ist mit einer FDP-Fraktion nicht zu machen!
2. Die Befürchtungen – wie sie im Antrag der CDU zum Ausdruck kommen – dass mit einer Privatisierung ein qualitativer Abbau der Krankenversorgung verbunden ist, ist durch den Wissenschaftsrat vielfach widerlegt worden. In einer Stellungnahme zum privatisierten Universitätsklinikum Marburg/Gießen kommt der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis, dass unter der neuen Struktur Investitionen in Gebäude und Gerätschaften rasch erfolgten und die Leistungen der Krankenversorgung deutlich stiegen.
3. Prof. Sorg hat dies bei seinem Festvortrag zur Verabschiedung von Herrn Dr. Schleifer eindrucksvoll dargestellt. In Marburg/Gießen gab es vielmehr die Probleme in der Abstimmung zwischen den beiden Standorten und im Zusammenspiel von Krankenversorgung mit Forschung und Lehre.
4. Bleibt noch der befürchtete Abbau von Arbeitsplätzen. In der Tat sank in Marburg/Gießen die Anzahl der Mitarbeiter/-innen. Zum größten Teil handelte es sich um Mitarbeiter, die aufgrund einer neuen Konzeption zum Transportwesen und durch Auslagerungen von Dienstleistungen frei gesetzt wurden. Im Bereich der Kernaufgaben jedoch wurde zusätzliches Personal eingestellt. Die Zahl der Ärzte stieg um 7%, die der Pflegenden um 5%.

Im Ergebnis kann ich mich dem Urteil des Sanierers des UK-SH, Herrn Dr. Schleifer, anschließen. Der Verkauf und damit die Privatisierung ist die zweitbeste Lösung – aber wer das UK S-H weiterhin in der Trägerschaft des Landes belassen will, der muss auch sagen, wo das Geld herkommen soll. Angesichts der Haushaltslage wäre es mehr als unseriös davon auszugehen, man könnte mal eben eine Milliarde aufbringen. Die allerschlechtesten Lösung für das UK-SH wäre jedoch, gar nichts zu machen und so weiter zu „wurschteln“, denn das wäre der Anfang vom Ende des UK S-H.

Zum Schluss noch eine kleine Randbemerkung. Dr. Schleifer wies in einem KN-Interview zu Recht darauf hin, dass es für ihn unverständlich sei, dass im UK-SH über Jahrzehnte keine Investitionen in die Gebäude vorgenommen wurden. Ich spendiere ein Bier nach der Ratsversammlung in unserer Kneipe für denjenigen, der mir die richtige Antwort auf meine Frage gibt: Wer war wohl diejenige politische Kraft, in deren Verantwortung dies fällt?“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer